

rend, Ihre Gesichter zu beobachten. Man merkte es, daß Sie nicht bloß zuhören, sondern zum Teil sind die Wahrnehmungen, die geäußert worden sind, auf Ihren Gesichtern gewesen. Auch wenn so einzelne Vokabeln wiedergekommen sind, war es prachtvoll, in Ihre Gesichter sehen zu können. Wollte ich Ihnen bloß mal so sagen. Ansonsten liegen wir für unsere Verhältnisse gut im Rennen. Da wir außerdem Professor Faulenbach als Moderator für das letzte Drittel haben, bin ich guten Mutes, daß wir, obwohl wir 20 Minuten später in unsere nächste Runde reingehen, dennoch unser Klassenziel erreichen werden. Also meine Hoffnung ist, 16.10 Uhr hier pünktlich wieder zu beginnen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren. Wir kommen zum Schlußteil unserer heutigen Anhörung. Wir haben uns in den vergangenen Stunden mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Wir müssen nun die Gegenwart stärker in den Blick nehmen. Wir wollen vor allem versuchen, im Hinblick auf die „Therapie“ einige Vorstellungen zu entwickeln. Bevor wir aber zu Vorschlägen für die „Therapie“ kommen, müssen wir noch einmal versuchen, einiges an empirischem Material in die Diskussion einzuführen.

Ich darf Ihnen deshalb die beiden Referenten vorstellen, die jetzt zunächst ein knappes Referat halten werden. Da ist einmal Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung. Er hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht, forscht gegenwärtig auf dem Gebiet des Wandels und der Konsolidierung demokratischer Systeme und führt vor allem eine breit angelegte Studie über Werte und Wertewandel in Mittel- und Osteuropa durch. Zum anderen wird referieren Herr Professor Dr. Richard Münchmeier. Er ist Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin. Er ist jüngst in der Öffentlichkeit besonders hervorgetreten als Leiter der 12. Shell-Jugendstudie „Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – politische Orientierungen“. Ich darf Sie bitten, in der hier nötigen Knappheit Ihre Ergebnisse über die Befindlichkeiten und politischen Orientierungen im heutigen Deutschland vorzutragen. Ich weiß, daß die Kürze der Zeit eine Zumutung ist, ich muß Sie trotzdem bitten, sich an den Zeitrahmen zu halten. Bitte sehr, zunächst Herr Professor Dr. Klingemann.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe mich über die Einladung gefreut, zumal die Breite des Themas, das mir gestellt wurde, „politische Orientierung“, einen Interpretationsspielraum läßt, der sozusagen mir auch gestattet, mich über etwas zu äußern, das mir gegenwärtig in meinen Forschungen tatsächlich am Herzen liegt. Und die fünfzehn Minuten verbieten ohnehin, daß Ihnen hier sozusagen ein Überblicksartikel abgeliefert wird. Zum zweiten will ich versuchen, Sie so wenig wie möglich mit Zahlen und abstützenden zusätzlichen Entschuldigungen, daß das eine oder das andere ja auch nicht zutreffen möge, zu behelligen. Ich werde die Gelegenheit nutzen, um etwas zuzuspitzen, um Ihnen in der Diskussion, wenn Sie dazu Fragen haben, dann auch im Detail zu antworten.

Vorhin hat es hier geheißten, die Grundmuster bleiben lebendig. Dies ist in einem weiteren Sinne auch die Frage, die ich hier stellen möchte. Ich möchte fragen, warum die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, im Mai 1997 – das ist die Umfrage, auf die ich mich stützen werde – einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Nur knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, genau 49 %, kam hier zu einem positiven Urteil. Vor sechs Jahren, kurz nach der Wiedervereinigung, waren noch mehr als zwei Drittel mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. In der alten Bundesrepublik lag dieser Anteil immer knapp an der 80 %-Grenze. Die Bürger, die in den neuen Bundesländern leben, und die Bürger, die in den alten Bundesländern leben, schätzen die Situation deutlich unterschiedlich ein. Während in den alten Bundesländern die Bürger noch zu etwas mehr als der Hälfte, nämlich 53 %, glauben, daß die Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr gut oder zufriedenstellend ist, sind es in den neuen Bundesländern nur etwas knapp mehr als ein Drittel, 35 %, die dieses meinen. Das heißt umgekehrt, daß etwa zwei Drittel der Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern mit der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert, nicht zufrieden sind. Ich meine, dieser Befund ist bedeutsam, weil er darauf schließen läßt, daß die Bürger die demokratischen Institutionen in unserem Lande, wenn das so weitergeht, nicht mehr in der gleichen Weise unterstützen werden, wie das früher als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Woran liegt das? Welche Folgen hat das?

Es gibt eine Reihe von Erklärungsversuchen, warum die Bürger in den neuen Bundesländern die Demokratie und das Funktionieren der Demokratie schlechter einschätzen als die in Westdeutschland. Es wird zumeist damit erklärt, daß sie sozusagen den demokratischen Sozialismus auch internalisiert haben, das heißt, daß sie von einem Grundmuster der Beurteilung ausgehen, das eben in der DDR so realisiert wurde. So lauten die prägnanten Formulierungen: „Vereint und doch verschieden“, oder „Spaltung der Deutschen“, oder es ist die Rede von den zwei politischen Gemeinschaften in Deutschland, hier auf ein kulturelles Interpretationsmuster gestützt. Ich werde dazu kurz noch etwas erklären. Es spricht einiges dafür, daß sich die Wertmuster der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern unterscheiden. Zum Beispiel, wenn man danach fragt, welches Gewicht denn Freiheit oder Gleichheit haben soll, dann sind die Bürger in den neuen Bundesländern sehr viel stärker der Meinung, daß Gleichheit und nicht Freiheit an erster Stelle zu stehen habe. Und wenn Sie etwa fragen, und das ist ja durch die „Frankfurter Allgemeine“ und unsere Kollegin Noelle-Neumann in die öffentliche Meinung eingedrungen, ob der Sozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde, dann finden Sie auch, daß in den neuen Bundesländern mehr als drei Viertel der Bevölkerung dieser Meinung sind, aber es sind auch in der alten Bundesrepublik über 60 %, die das meinen. Also, es spricht durchaus etwas dafür, daß die Bürger in den neuen Bundesländern sich in ihrem Demokratie-Verständnis von denen in den alten Bundesländern unterscheiden.

Wir haben in der Umfrage, die ich angesprochen habe, folgendes angesehen. Wir haben die Verfassung der DDR von 1974 hergenommen, das Grundgesetz hergenommen und haben dann Rechtsstaat, die liberalen Freiheitsrechte, die demokratischen Grundinstitutionen und die sozialen Rechte, die dort kodifiziert sind, thematisiert und gefragt: Gehört das denn zur Demokratie dazu? Dann haben wir gefragt, bis zu welchem Maße diese Zielvorstellungen in der Politik der Bundesrepublik heute realisiert sind. Die Ergebnisse sind für mich faszinierend; ich will sie hier ganz kurz festhalten. Numero eins, das Demokratieverständnis der Ost- und Westdeutschen unterscheidet sich nur in Nuancen. Man sollte meinen, und das ist auch der Fall, daß die sozialen Rechte von den Bürgern in der ehemaligen DDR stärker betont werden, das hatte ja schließlich auch Verfassungsrang, während es im Grundgesetz so nicht zu finden ist. Aber die Unterschiede liegen nur bei fünf Prozentpunkten und nicht mehr. Was die Elemente der Demokratie betrifft, kann man eigentlich nicht von einem großen Unterschied zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer sprechen. Zum zweiten, wenn Sie sich ansehen, wie die Bürger meinen, daß diese Elemente, diese zentralen demokratischen Normen bei uns realisiert sind, dann kann einem, je nach dem Fell, das er sich zugelegt hat, auch durchaus angst und bange werden. Ich hatte ja versprochen, keine Zahlen vorzulegen. Aber wenn die Bürger in den neuen Bundesländern zu 61 % der Meinung sind, daß die Gleichheit vor dem Gesetz zu wünschen übrig lasse, dann ist das etwas, was mich nachdenklich stimmt. Und wenn ich mir ansehe, daß 60 % der Bürger in den neuen Bundesländern meinen, daß die freie Berufswahl nicht gewährleistet ist oder daß in Bezug auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nur 57 % meinen, daß sie realisiert sei, dann muß man sagen, hier ist ein Befund, der zumindest diskussionswürdig ist. Nebenbei, wenn Sie fragen, ein Parlament, das die Interessen der Bürger vertritt, ein Parlament gehört zur Demokratie, das meinen die meisten, aber nur 31 % in Gesamtdeutschland sind der Meinung, daß wir das tatsächlich haben, und der Prozentsatz liegt in den neuen Bundesländern bei 24 %.

Ich fasse zusammen und sage, das Demokratieverständnis der Bürger in den alten und den neuen Bundesländern ist weitestgehend ähnlich. Die Urteile darüber, wie diese demokratischen Normen jeweils realisiert sind, sind in Teilen sehr bedenklich, und das gilt vor allem für das Urteil der Bürger in den neuen Bundesländern. Nun sind das Demokratieverständnis und die Werte eine Möglichkeit, zu erklären, warum die Bürger denn so unzufrieden sind mit dem Funktionieren der Demokratie. Der gängige Erklärungsansatz ist, wie hieß das vorhin so schön, die Grundmuster bleiben lebendig: Der demokratische Sozialismus ist in den Köpfen, und weil die Bundesrepublik Deutschland eher das liberale Demokratiemodell und eben nicht das des demokratischen Sozialismus realisiert hat, deshalb sind die Bürger in den neuen Bundesländern unzufrieden. Eigentlich eine eingängige These, Noelle-Neumann sagt das ja auch immer wieder und belegt sie mit Daten.

Es gibt allerdings auch eine andere Möglichkeit, die Unzufriedenheit in Deutschland insgesamt und in den neuen und in den alten Bundesländern zu

erklären. Diese alternative Erklärung könnte schlicht in einer Leistungsbeurteilung der Politik und dem Erscheinungsbild von Politik in der Bundesrepublik liegen, also in der Wahrnehmung etwa einer andauernden Leistungsschwäche der Politik und in der Wahrnehmung mangelnder Integrität so mancher Politiker. Wir haben diese Alternative versucht empirisch zu überprüfen. Wir haben gefragt nach der Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen der Bundesregierung, wir haben gefragt nach der Vermutung, inwieweit Inhaber öffentlicher Ämter etwa der Bestechung oder der Korruption zugänglich sind. Das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist etwas, was doch auch zu denken gibt. Daß fast keiner oder nur einige Inhaber eines öffentlichen Amtes an Bestechung und Korruption beteiligt seien, das meinen nur 47 %. Das heißt, 53 %, und zwar in den alten, in den neuen Ländern und in Gesamtdeutschland, sind der Meinung, daß die Integrität nicht vollständig gegeben ist. Zum zweiten, die wirtschaftliche Lage wird katastrophal beurteilt, und da unterscheiden sich wiederum die Bürger der alten und der neuen Bundesländer überhaupt nicht. Wenn Sie, wie gesagt, die Einschätzung der Leistungen der Bundesregierung betrachten, dann sind in der Republik 21 % zufrieden, und zwar unisono, egal, ob sie nun vielleicht den demokratischen Sozialismus im Kopfe haben oder eben nicht, 21 % in den alten und in den neuen Bundesländern und in der Bundesrepublik insgesamt. Preisfrage ist natürlich, ich schenke mir hier wieder die Feinheiten und die technischen und methodischen Anmerkungen: Was ist es denn nun, ist es die Ideologie, oder ist es die Leistungsbeurteilung, die zu diesem Mißvergnügen an der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland im Augenblick funktioniert, geführt hat?

Das Resultat ist relativ eindeutig. Es ist nicht die Ideologie, es ist die Leistungsbeurteilung. Wir haben eine Analyse durchgeführt, die das ziemlich eindeutig belegt. Am Ausgangspunkt stand eine Frage: Warum sind die Deutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie heute in der Bundesrepublik funktioniert, nicht zufrieden? Woran könnte das liegen? Diese Frage findet eine eindeutige Antwort. Es liegt nicht daran, daß die Bürger in den neuen Bundesländern etwa nostalgisch ihrem demokratischen Sozialismus nachtrauern, sondern es liegt daran, daß sie wie die Westdeutschen ein Leistungsdefizit und ein Defizit im Erscheinungsbild der deutschen Politik wahrnehmen. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Klingemann. Es folgt sofort Herr Münchmeier. Bitte sehr.

Prof. Dr. Richard Münchmeier: Sehr geehrter Herr Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige wenige Befunde aus der neuesten Shell-Studie vorzustellen. Dies hat den Vorteil, daß die Daten relativ frisch sind, ungewöhnlich frisch für übliche Verhältnisse, sie sind erhoben worden Ende November, Anfang Dezember im letzten Jahr. Erlauben Sie also einen relativ aktuellen Blick auf die Situation junger Menschen im vereinten Deutschland und die Einstellungen und Orientierungsmuster in Ost und West. Die Daten, die ich Ihnen vorstellen möchte, basieren auf einer repräsen-

tativen Erhebung von 2.100 jungen Menschen zwischen zwölf und vierundzwanzig, also eine altersmäßig relativ breite, von der Größe der Stichprobe her nicht allzu opulente, aber doch immerhin für Aussagen, die ich hier treffen möchte, repräsentative Stichprobe. Ich kann sehr gut anschließen an das, was Herr Klingemann zuletzt gesagt hat. Seine These wird glänzend bestätigt, auch durch unsere Befunde. Ich werde Ihnen nachher dazu noch einiges zeigen. Zunächst aber eine Erweiterung dieser These. Die Menschen beschäftigen sich im allgemeinen weniger mit der politischen Idee von Demokratie, sondern sind ausgelastet mit der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme und erwarten sich hierfür von der Politik Rahmenbedingungen, Ressourcen und Hilfestellung. Wenn die Menschen das Gefühl haben, daß sie mit wachsenden Problemen in der Bewältigung ihrer alltäglichen Lebenssituation belastet werden und gleichzeitig von der Politik, ich formuliere bewußt so pauschal, im Stich gelassen werden, dann, so scheint es, vergrößert sich ihre Unzufriedenheit.

Ganz am Anfang unseres Fragebogens, also auf einem Fragebogen an taktisch besonders günstigem Platz und ohne jede Vorgabe unsererseits, haben wir Jugendliche aufgefordert, offen zu benennen: Was sind deiner Meinung nach die Hauptprobleme Jugendlicher heute? Wir haben nicht gefragt nach Problemen der Gesellschaft, wir haben nicht gefragt nach Problemen der Zukunft, wir haben gefragt nach Problemen der Jugendlichen. Die große Überraschung, was Sie hier jetzt auch sehen können, ist, daß die Jugendlichen antworten, indem sie Probleme, Zukunftsprobleme der Gesellschaft benennen: Arbeitslosigkeit, Finanznot, Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland etc. etc.. Selbst wenn man junge Leute fragt, was ihrer Meinung nach die Probleme Jugendlicher seien, dann antworten sie mit dem Verweis auf die heute in den Medien, in der Politik und überall diskutierten Grundprobleme gesellschaftlich politischer Zukunft. Wir finden zugleich einige charakteristische Unterschiede zwischen Ost und West. In Bezug auf Arbeitslosigkeit finden wir keinen Unterschied, das liegt im Zufallsbereich. Wohl aber finden wir hier einen Unterschied: Lehrstellenmangel wird fast doppelt so häufig in Ostdeutschland benannt, wohl ein Reflex der realen Situation. Mangelnde Freizeitgelegenheiten werden ebenfalls wesentlich häufiger als von westdeutschen Jugendlichen benannt, ähnlich Kriminalität, wie gesagt, hier ist die Wahrnehmung jeweils abgefragt, die sind keine Experten, sind weder Kriminologen noch Wirtschaftswissenschaftler, sie geben wieder, wie sie die Welt wahrnehmen. Bei Geldproblemen finden wir einen Vorsprung in Ostdeutschland und hier ein Cluster, den wir mit diesen Schrägstrichen versucht haben zu beschreiben: Zukunftangst/ Perspektivlosigkeit, in Ostdeutschland immer noch eine drastischere Geschichte als in Westdeutschland. Das Erstaunlichste bei dieser Frage liegt ohne Zweifel im Umstand, daß junge Menschen, ich wiederhole es noch einmal, gefragt nach Jugendproblemen, antworten, indem sie gesellschaftliche Probleme benennen, und zwar gesellschaftliche Zukunftsprobleme. Was Herr Klingemann schon gesagt hat, zu dieser Wahrnehmung der Zukunft gehört die Wahrnehmung, daß Politik keine Wirksamkeit verspricht, daß Politik augenscheinlich unfähig ist in den Augen der jungen Menschen, die Probleme in den Griff zu

kriegen. Wir können sagen, so gut wie alle sind überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit immer weiter wachsen wird, das Zukunftsproblem sein wird. So gut wie hundert Prozent sind davon überzeugt, daß es nicht gelingen wird, dieses Problem in den Griff zu kriegen. Ich denke, wenn man über Demokratieverdrossenheit, ein Wort, das mir ehrlich gestanden nicht gefällt, diskutiert, dann muß man diesen Hintergrund der Lebenslagen der Menschen mit in den Blick fassen. Sie sind keine Verfassungsrechtler, sie sind keine Menschen, die irgendeiner politischen Philosophie anhängen, sondern Menschen, die ihren Alltag bewältigen müssen und aus dieser Situation heraus die Demokratie betrachten.

Da haben wir die berühmten Shell-Fragen nach der Einschätzung der gesellschaftlichen Zukunft, nur so zur Erinnerung, was passiert ist im Jahre 1992. 1991 war die Zahl derjenigen, die eher zuversichtlich in die gesellschaftliche Zukunft geblickt haben, relativ hoch. Sie sehen den deutlichen Anstieg. Diesen positiven Anstieg haben vor allem die jungen Menschen in Ostdeutschland hervorgerufen, und entsprechend ist dieses inzwischen wieder zurückgegangen. Im Moment halten sich die Positiven und die eher düster Blickenden so ziemlich genau die Waage. Der Rückgang von ehemals 72 auf jetzt nur noch 50 %, wir können sagen, immerhin 50 %, wie man will, beruht vor allem darauf, daß in Ostdeutschland die jungen Menschen ihre ursprünglich positive Einschätzung korrigiert haben. Hier haben wir ziemlich genau die Angleichung Ost und West. Hier haben wir also keinen Unterschied mehr. Auch wenn wir nach Frauen Ost, Frauen West, Männer Ost, Männer West zerlegen, finden wir keine Unterschiede mehr.

Eine in der Jugendsoziologie allgemein anerkannte Frage, die für Ihre Arbeit eine große Relevanz besitzt, ist die Frage: Fühlst du dich eher als Erwachsener oder eher als Jugendlicher? In dem Moment, wo das Erwachsenwerden schwierig wird, gibt es eine wachsende Tendenz, sich eher als Jugendlicher zu fühlen. Zum Beispiel antworten Studierende, Studenten in aller Regel, sie fühlten sich als Jugendliche; Studentsein ist die klassische alimentierte Lebensform, ökonomisch abhängig, jedenfalls nicht selbständig. Dieser Status der vorläufigen oder eingeschränkten Selbständigkeit ist leichter zu ertragen, wenn man sagt, ich bin ja noch jung, das Erwachsenenleben kommt erst, als umgekehrt. Hier haben Sie wieder einen Vergleich, alte Bundesländer/neue Bundesländer, männlich/weiblich jeweils. Sie können unschwer sehen, daß in den neuen Bundesländern eine größere Bereitschaft darin besteht, sich noch als Jugendlichen wahrzunehmen. Dies ist sozusagen ein Reflex, eine Verarbeitungsleistung, eine psychische Verarbeitungsleistung, Schwierigkeiten des Erwachsenenlebens so zu kompensieren, daß man sagt, na ja, ich muß ja noch nicht, ich bin ja noch ein Jugendlicher. Genau den gleichen Effekt erzielen wir, wenn wir fragen: Wie schnell willst du erwachsen werden? Da gibt es eine Skala von eins bis zehn. Zehn ist ganz schnell. Und da sehen wir alte Bundesländer: 4,9, immer noch unter dem theoretischen Mittelwert, eins plus zehn ist elf, geteilt durch zwei ist 5,5, das wäre der theoretische Mittelwert, sie liegen also darunter. Aber die Jugendlichen in den neuen Bundesländern liegen noch

einmal drastisch darunter. Nur die Studierenden, die klassische alimentierte Lebensphase, erwachsen sein und doch nicht erwachsen sein, nur die wünschen sich ein noch langsames Tempo des Erwachsenwerdens. Die Jugendlichen in den neuen Bundesländern gleich darüber mit 4,1, also ein ganz deutliches Signal.

Interessant war in der Shell-Studie, die wir jetzt abgeschlossen haben, die Frage nach gesellschaftlichem Engagement, nach der Bereitschaft sich zu engagieren, sich politisch zu betätigen, Mitglied in Gruppen zu werden. Hier finden wir ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Das sind zunächst die formellen Gruppierungen gleich welcher Art, also solche Organisationen, zu denen man dann gehört, wenn man eine Art Mitgliedstatus erwirbt. Das bedeutet nicht unbedingt, daß man einen schriftlichen Aufnahmeantrag stellen muß, es sind aber Institutionen, wo man die, die dazugehören, und die, die nicht dazugehören, sehr deutlich voneinander unterscheiden kann. Die Bereitschaft Mitglied zu werden ist über die Zeitverläufe nicht unbedingt stabil, vor allem bei den Frauen nicht. Wenn wir zuerst den Ost- West-Unterschied betrachten, dann sehen wir, daß die faktische, von den Jugendlichen bekundete Mitgliedschaft in formellen Organisationen sehr viel niedriger liegt als in Westdeutschland. Wenn wir es noch geschlechtsspezifisch differenziert betrachten, dann können wir sehen, daß insbesondere die Frauen in Ostdeutschland einen Nachholbedarf haben, wenn man so frech überhaupt reden darf, daß sie aber dabei sind, diesen Nachholbedarf inzwischen mit großem Tempo auszugleichen. Die Bereitschaft sich zu engagieren ist geringer als in Westdeutschland, und das hat verschiedene Gründe. Gefragt haben wir natürlich auch nach der Parteienaffinität. Es geht auf diesem Schaubild von oben, CDU, SPD, Bündnis. Wenn Sie zunächst einmal auf die Kategorie „Keine“ gucken: Keine Partei steht mir alles in allem genommen näher, dann sehen wir, daß in Ostdeutschland die Zahl derjenigen, die das bekundet, und es ist kongruent zu Ihrem Ergebnis, Herr Kollege, ungefähr 50 % beträgt, 47 % ist unser Ergebnis. Es hält sich in dem Rahmen, wie andere Studien das auch benannt haben. Egal, um welche Gruppierung es sich handelt, Sie sehen, in Ostdeutschland ist die Affinität zu diesen Gruppierungen immer etwas niedriger als in Westdeutschland, unter der Maßgabe, daß die Mehrheit sowieso sagt, da will ich nichts mit zu tun haben. Ein ähnliches Profil erhalten wir bei der Befürwortung institutionalisierter politischer Aktivitäten. Das sind die, die in eine Partei eintreten oder in der Jugendorganisation einer Partei mitarbeiten, im Vorstand, im Ortsverein irgendwelche Tätigkeiten übernehmen etc. etc., also die ganze Vielfalt der Möglichkeiten, die es institutionalisiert gibt in unserem Lande, mitzutun, politische Aktivitäten auszulösen. Und da haben wir wieder einen doch erheblichen Unterschied zwischen Ost und West. Ostdeutschland zeigt deutlich geringere Werte im Vergleich zu Westdeutschland. Man darf nicht alles auf den Unterschied Ost/West zurückführen, der Bildungsstand spielt auch eine sehr große Rolle. Man muß sich hüten, daß man nicht einlinear redet, als ob man alles nur durch Ost- West-Unterschiede erklären könnte. Das ist nämlich nicht der Fall.

Ich möchte Ihnen noch ein letztes Problem vorführen. Es ist sehr sehr gefährlich, wenn man Ihr Thema angeht auf der Ebene von Meinungsforschungsbeurteilungen. Darunter verstehe ich eine Forschung, die einzelne Items abfragt, also einzelne Fragen oder Statements stellt und dann um Zustimmung oder Ablehnung bittet, die dann Statement für Statement, Item für Item interpretiert. Das ist deshalb hochriskant, weil das Antwortverhalten situativ hoch anfällig ist. Passiert heute irgendetwas und geht durch den Fernseher, antworten die Menschen morgen vielleicht in der Tendenz schon etwas anders. Deswegen sind wir in der seriösen Sozialforschung längst dazu übergegangen, Skalen zu bilden. Wir fassen also zwölf, acht, sechs oder auch mal zwanzig Items zu einer Skala zusammen und berechnen dann Skalenmittelwerte, also den Mittelwert aus all diesen Items, weil wir hoffen, daß sozusagen die Fehler, die immer drin sind in solchen Geschichten, sich dadurch sozusagen ausgleichen, stabilisieren. Wir bewegen uns sozusagen auf sichererem Gelände, auf ganz sicherem nicht. Wir haben in der letzten Shell-Studie fünf solcher Skalen aus den qualitativen Studien heraus völlig neu konstruiert. Eine dieser Skalen heißt „politische Anomie“, ich lese Ihnen mal vor, welche Items da drin sind: Es ist heute alles so in Unordnung geraten, daß niemand mehr weiß, wo er eigentlich steht. Oder: Die Dinge sind heute so schwierig geworden, daß man nicht mehr weiß, was los ist. Oder: Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll. Oder: Den meisten Menschen fehlt ein richtiger Halt und so weiter, und so weiter. Sie ahnen, wofür diese Überschrift „Anomie“ steht. Wenn wir jetzt wieder vergleichen, können wir deutlich sehen, daß die jungen Menschen in Ostdeutschland einen erheblich höheren Skalenmittelwert auf dieser Anomieskala erreichen. Es ist nur eines der Beispiele, die man nennen könnte. Andere sprechen von Orientierungslosigkeit, den Ausdruck finde ich auch brauchbar, in einem bestimmten Zusammenhang vielleicht nicht ganz so glücklich. Offensichtlich nehmen viele junge Leute ihre derzeitige Situation in einer gewissen Ratlosigkeit wahr. Auf gut bayerisch: Wie man es macht, ist es sowieso falsch, irgendetwas muß man machen. Anomie ist das Gefühl, daß man ein Problem sieht, das man nicht ganz durchschauen kann, dessen Abhilfe man sich aber auch nicht vorstellen kann, gleichzeitig aber weiß, daß man handeln muß. Also in einer Umwelt sich bewegt, die extrem schwer kalkulierbar ist, die extrem wenig Perspektiven oder Halt anbietet. Zur Beschreibung der Befindlichkeit in Ostdeutschland ist, denke ich, ein solcher Befund als vorläufiger Befund sicherlich sehr gut geeignet. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Münchmeier. Vielen Dank auch noch einmal an Herrn Klingemann. Wir wollen jetzt nicht in eine intensive Diskussion dieser beiden Referate eintreten. Ich möchte nur die Möglichkeit geben, ausgesprochene Verständnisfragen zu stellen, ansonsten möchte ich die Referate im Zusammenhang mit den anderen Beiträgen diskutieren lassen. Es gibt eine Verständnisfrage. Herr Jacobsen, bitte sehr.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Klingemann, eine Frage zu der Diskrepanz, die Sie aufgezeigt haben. Auf der einen Seite das mangelnde Vertrauen in demokratische Institutionen, Stichwort Parlament, Regierung und Parteien. Nehmen wir Ihre Zahlen als real an. Wie verstehen sich dann diese Zahlen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bei der Verwirklichung demokratischer Werte die Zahlen sehr viel höher liegen, von 90 bis 60? Wer aufgrund der Umfragen ist denn in einer Gesellschaft die Institution oder die Einrichtung, die dazu beiträgt, daß die demokratischen Werte verwirklicht werden? Diese Diskrepanz müßte irgendwie aufgeklärt werden. Könnten Sie da weiterhelfen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Klingemann!

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Die Frage lautete: Diese demokratischen Zielsetzungen können in einem unterschiedlichen Maß verwirklicht werden. Sagen Sie mir bitte zu jeder Zielsetzung, ob sie in Deutschland heute sehr stark, stark, nicht sehr stark oder gar nicht verwirklicht wird. Was das Parlament angeht, so sind in der Tat über 90 % der Meinung, daß es zur Demokratie als Konzept gehört. Sie sind aber gleichzeitig nur zu 31 % der Meinung, daß es ein solches Parlament in der Bundesrepublik tatsächlich gibt. Das heißt, sie nehmen es als sehr wichtiges Merkmal der Demokratie, aber an die Realisierung, daß sie das hier haben, das glauben sie nicht. Dasselbe zeigt sich etwa bei der freien Berufswahl. Das ist ja auch etwas, was verständlich ist. Wenn ich auf einen Jobmarkt gehe, wo ich noch nicht mal eine Lehrstelle kriege, dann würde ich vielleicht auch nicht sagen, daß die freie Berufswahl realisiert ist. Es meinen schon relativ viele, daß das zur Demokratie hinzugehört. Es ist ja auch so im Grundgesetz verankert. Das heißt also, daß hier die Normen der Demokratie und die Realisierung dieser Normen einfach ganz weit auseinanderklaffen. Daß das nicht immer so ist, daß die Bürger das durchaus differenzierter sehen, zeigt sich etwa bei freien und geheimen Wahlen, die auch als eine sehr wichtige Institution gesehen werden. Man sagt, freie und geheime Wahlen haben wir hier bei uns. Meinungsfreiheit haben wir hier auch, und Glaubens- und Gewissensfreiheit, die haben wir auch. Versammlungsfreiheit auch. Nur, wenn es darum geht: Recht auf Arbeit oder Recht auf Fürsorge im Alter oder Recht auf Schutz der Gesundheit, da sind die Bürger sehr viel kritischer, daß das in der Tat auch hier so ist, wie sie es sich das gerne wünschen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich meine, diese Frage war keine reine Verständnisfrage, sondern eine Frage zur Interpretation. Ich glaube, wir sollten jetzt zunächst einmal hier am Podium fortfahren, denn wenn wir jetzt weiter Anschlußfragen stellen, werden die ebenfalls in den Bereich dessen, was wir hier noch diskutieren wollen, führen.

Die beiden Kurzreferate haben in die gegenwärtige Situation eingeführt, die wir jetzt erörtern wollen, Wir schließen eine Diskussion an, die die gegenwärtige gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West zum Gegenstand haben soll, wobei wir davon ausgehen, daß dabei ältere Prägungen in erheblichem Maße noch nachwirken, zugleich aber Stereotype oder Einstellungs- oder Ori-

entierungsmuster eine Rolle spielen, die sich womöglich in den letzten Jahren gebildet haben.

Ich darf Ihnen diejenigen vorstellen, die an dieser Diskussion teilnehmen werden. Zunächst, ich gehe jetzt von mir aus gesehen von rechts nach links: Frau Annette Simon. Sie ist Psychotherapeutin. Seit 1992 arbeitet sie als Lehrtherapeutin für die Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie in Berlin. Sie hat eine Reihe von Veröffentlichungen vorgelegt, die auch in unserer Enquete-Kommission schon eine Rolle gespielt haben, so einen Versuch, die heutige ostdeutsche Moral und bestimmte ostdeutsche Verhaltensweisen aus der Gesellschaft der DDR zu erklären. Ich stelle Ihnen weiter vor Professor Dr. Heinrich August Winkler, seit Herbst 1991 Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Arbeiten, die Professor Winkler im Laufe der Jahre publiziert hat, kann ich hier nicht alle aufführen, es sind darunter außerordentlich wichtige Werke. Viele werden das dreibändige große Werk über Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik kennen oder auch seine Geschichte der Weimarer Republik. Heinrich August Winkler hat sich in den letzten Jahren vielfach zu Fragen deutscher Identität, zu dem Verhältnis von Deutschen Ost und Deutschen West geäußert. Des weiteren möchte ich Ihnen vorstellen Dr. Hans-Jürgen Fischbeck. Er ist von Beruf Physiker, war bis Ende 1991 an einem Forschungsinstitut der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Seit 1992 ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr. Er gehört also zu denjenigen, die von Ost nach West gegangen sind und heute im Westen tätig sind. Er war seit Herbst 1987 in einer kirchlichen Oppositionsgruppe engagiert. Den Mitgliedern der Enquete-Kommission ist er als Mitverfasser der Expertise „Das Mauersyndrom, die Rückwirkung des Grenzregimes auf die Bevölkerung der DDR“ bekannt. Ich stelle Ihnen weiterhin vor, Sie sehen, wir haben ein großes Podium, Herrn Manfred Rexin, der über viele Jahre als Journalist gearbeitet hat; in den Jahren 1989 bis 1994 war er Leiter der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des RIAS beziehungsweise des Deutschlandradios in Berlin. Er ist inzwischen zwar im Ruhestand, doch hier in Berlin für viele immer wieder als Diskutant und Publizist sichtbar oder hörbar. Schließlich Herr Ulrich Schacht. Er ist aufgewachsen in Wismar, wurde 1973 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet und verurteilt. 1976 wurde er in die Bundesrepublik entlassen. Er lebt heute als Schriftsteller und Chefreporter Kultur der „Welt am Sonntag“ in Hamburg. Es gibt von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, etwa die Hohenecker Protokolle, Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, eine Veröffentlichung, die einen teilweise biographischen Hintergrund hat. Neben anderen Veröffentlichungen zu politischen Fragen hat er auch Lyrikbände publiziert. Soweit diejenigen, die hier am Podium sitzen.

Wir haben uns darauf verständigt, daß unsere Diskutanten am Podium in maximal zehn Minuten, möglichst aber unter zehn Minuten versuchen, unsere Frage nach dem Weiterwirken älterer Bilder und Klischees zu beantworten, gleichsam eine Diagnose formulieren und hoffentlich bereits ein paar Vorstel-

lungen entwickeln, wie in der gegenwärtigen Situation weiter zu verfahren ist. Wir fangen mit Frau Simon an. Bitte sehr.

Annette Simon: Ich habe ganz kurz thesenhaft etwas zusammengefaßt, was ich als Psychotherapeutin im Moment sehe. Die Teilung Deutschlands war ein Ergebnis des von Deutschland angefangenen Zweiten Weltkrieges und ihr langes Weiterbestehen auch ein Resultat des sich anschließenden Kalten Krieges. Beide Teile hatten sich mit dem Erbe, mit der Schuld des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Die Geschichte wurde in beiden Teilen verschieden interpretiert und das Böse auf den jeweiligen anderen Teil projiziert. Diese Projektionen wurde durch die Teilung der Welt in zwei feindliche Lager noch verschärft und zugespitzt. Die Propaganda beider Seiten und die damit verbundenen Projektionen wirken bis heute weiter und erschweren die realistische Wahrnehmung voneinander. Daß die Propaganda der Ostseite dabei wesentlich dümmer, penetranter und undifferenzierter bis zum Schluß war, heißt nicht, daß sie nicht trotzdem gewirkt hat. Beide Seiten sahen sich in diesen Zerrbildern als Feindesland, die Bewohner des anderen Teils zum Teil auch als Feinde. In der DDR wurde diese Spaltung vorgenommen, da waren die bösen Klassengegner und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die unsere Klassenbrüder wären. Eine ähnliche Spaltung findet man in dem Versuch zu sagen, die Machthabenden in Pankow und Wandlitz, und die anderen sind unsere Schwestern und Brüder. Das sind natürlich Schablonen, wie wir vorhin ja auch in den Schulbüchern gehört haben. Man muß aber nicht denken, daß solche Schablonen, obwohl wir sie lange ironisiert und belacht haben, nicht wirken. Es gibt eben, wie wir aus der Psychoanalyse wissen, das Unbewußte, und das Unbewußte ist das, was wir nicht immer bewußt wahrnehmen, was aber weiterwirkt, und auch besonders, wenn Verunsicherungen auftreten, greift man wieder zu solchen Schablonen.

Mit dem Untergang der DDR ging für deren Bürger und Bürgerinnen auch Identität verloren. Wie auch immer hatten sich alle, die dort blieben, für die DDR angemessen verhalten müssen. Sie forderte eine Loyalität, die im Extrem mit dem Tod an der Mauer endete, wollte man sie verlassen. Für manche ging mit dem Untergang der DDR eine sozialistische Idee, eine Utopie, für andere eine gesicherte Gesellschaft und für wieder andere eine erlittene Gängelung und Unterdrückung vorbei. Mit diesem Verlust müssen Menschen erst einmal fertigwerden, übrigens auch mit dem Verlust des immer verachteten Gegners. Die sich nun neu bildenden Vorurteile von West und Ost dienen eigentlich zur Stabilisierung einer alten Gruppenidentität, übrigens auf beiden Seiten. In der Verunsicherung greift man zu neuen und alten Stereotypen. Auch die Bundesrepublik ist nicht mehr, was sie war, das ist ein allgemeiner pauschaler Satz. In der DDR gab es natürlich viel mehr Verunsicherung durch die Vereinigung, und trotzdem, denke ich, ist die Verunsicherung auf beiden Seiten da. Das Schlagwort von der Ostalgie beschreibt meiner Meinung nach etwas, was nur der Bewahrung einer alten Identität dient. Ich sehe aber auch im Westen so etwas wie Nestalgie, die Angst, daß das schön gebaute Nest durch die Neuen zerrupft und verdreckt wird und es verarmen könnte.